



International e.V.

Brot
für die Welt



Gemeinsame Stellungnahme deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Fall Berta Cáceres

Mit großer Besorgnis beobachten die unterzeichnenden Organisationen die Entwicklungen im Mordfall der Umwelt- und Indigenen-Aktivistin Berta Cáceres in Honduras. Nachdem die Ermittlungen zum Mordfall Cáceres und des versuchten Mordes an dem mexikanischen Aktivisten Gustavo Castro von Ungereimtheiten und klaren Verstößen gegen die Rechte der Opfer auf Informationen geprägt waren, mehren sich nun die Anzeichen, dass auch das Gerichtsverfahren dem Anspruch der Opfer auf Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit nicht gerecht wird.

Wir möchten die Bundesregierung angesichts des bevorstehenden Endes der Verhandlung darum bitten, ihre Beobachterrolle zu intensivieren und sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass die Rechtmäßigkeit der Verhandlung und des Urteils gewährleistet werden. Basierend auf Informationen der Brot für Welt- Partnerorganisation „Zentrum für Justiz und internationales Recht“, CEJIL, welches auch die internationale Beobachtermission im Fall Berta Cáceres koordiniert, möchten wir auf zwei konkrete, besorgniserregende Vorfälle in den letzten Wochen hinweisen.

Am 20. Oktober 2018 wurde die Verteidigung der Opfer, also der Familie von Frau Cáceres, Gustavo Castro und des Zivilen Rat der Indigenen in Honduras, COPINH, die als Nebenkläger fungieren, von den Verhandlungen ausgeschlossen. Zuvor hatte die Verteidigung der Nebenkläger angesichts mehrfacher Ungereimtheiten während der Verhandlung u.a. einen Befangenheitsantrag eingereicht. Mehrere Klagen, die durch die Ablehnung des Befangenheitsantrags anhängig wurden, sind bis heute nicht entschieden. Die Weiterführung der Verhandlungen wird von der Verteidigung der Opfer und internationalen ExpertInnen als rechtswidrig angesehen. Die Verteidigung hat das Gericht gebührend darüber informiert, dass sie unter den gegebenen Umständen keine Möglichkeit sieht, diesen Verhandlungen beizuwohnen. Der darauf erfolgte Ausschluss der Nebenkläger vom Verfahren gilt nach Einschätzung von Experten wie CEJIL als rechtswidrig.

Ein weiterer Vorfall bezieht sich auf den Montag vergangener Woche. Das Gericht hatte am Freitag zuvor die Aussetzung der Anhörungen für Montag, 12. November 2018 angekündigt. Am Montag fanden sie trotzdem statt, was lediglich früh morgens über das Twitter-Konto des Justizministeriums angekündigt wurde. An diesem Tag wurden Telefonmitschnitte von zwei der Angeklagten angehört, die Verbindungen zu DESA hatten, der Firma, die hinter dem Staudammprojekt steht. Diese Beweismittel waren dementsprechend von besonderem Interesse. Der faktische Ausschluss der Öffentlichkeit durch den Trick des Tribunals stellt eine weitere Verletzung des Öffentlichkeitsprinzips dar.

Im Anhang übermitteln wir eine kurze Darstellung der wichtigsten Unregelmäßigkeiten und Prozessfehler, die sich im Rahmen der Ermittlungen und des Gerichtsverfahrens im Mordfall von Frau Cáceres zugetragen haben.

Angesichts des bevorstehenden Ablaufs der Präventivhaft der Angeklagten am 24. November 2018 und der Tatsache, dass eine weitere Verlängerung schon die zweite rechtswidrige Verlängerung bedeuten würde, wird davon ausgegangen, dass das Verfahren so schnell wie möglich, voraussichtlich in den nächsten zwei Wochen beendet wird. Der Ausgang des Verfahrens bzw. das erwartete Urteil ist nicht nur für die Rechtsprechung im Fall der acht Angeklagten wichtig, sondern wird Auswirkungen auf das im nächsten Jahr beginnende Verfahren gegen David Castillo, Chef von DESA, haben, der als Drahtzieher des Verbrechens gilt.

Wir schätzen die Präsenz sehr, die die deutsche Botschaft bei den Verhandlungen bisher gezeigt hat und möchten Sie in der kritischen Abschlussphase des Verfahrens darum bitten,

- die Beobachtung der Verhandlung seitens der deutschen Botschaft in Honduras zu intensivieren und die Anwesenheit des Botschafters zu gewährleisten,
- RepräsentantInnen anderer G16-Mitglieder dazu aufzufordern, ebenfalls an den Verhandlungen teilzunehmen, um die Bedeutung des Verfahrens für die internationale Gemeinschaft gebührend zum Ausdruck zu bringen,
- die Besorgnis wegen der Unregelmäßigkeiten (siehe Anhang) und schlussendlich angesichts der Gefahr, dass in diesem emblematischen Fall kein Recht gesprochen wird, öffentlich zum Ausdruck zu bringen.
- und sich gegenüber VertreterInnen des honduranischen Staates dafür einzusetzen, dass das Verfahren sorgfältig, unabhängig und ordnungsgemäß abgewickelt wird, damit alle Verantwortlichen im Mordfall an Berta Cáceres ermittelt, verurteilt und bestraft werden.

Es unterzeichnen:

AWO International e.V.

Brot für die Welt

FIAN International

HondurasDelegation

Nicaragua-Verein Düsseldorf e.V.

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Ökumenische Initiative Mittelamerika

21. November 2018